

**Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie  
über die sechste TTIP-Verhandlungsrunde  
(14.-18. Juli 2014, Brüssel)**

Die sechste Verhandlungsrunde der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fand vom 14.-18. Juli in Brüssel statt. Hierzu war eine US-Delegation mit 40 Personen angereist. Die Verhandlungen betrafen das gesamte Themenspektrum. Im Bereich Dienstleistungen und Investitionen haben beide Seiten ihre jeweiligen Angebote vorgelegt und diskutiert. Zusätzliche Schwerpunkte lagen im Bereich regulatorische Kooperation, bei öffentlicher Beschaffung und im Bereich Regeln bei den Themen Energie und Rohstoffe sowie nachhaltige Entwicklung.

Die sechste Verhandlungsrunde konzentrierte sich auf technische Fragen. Positiv sind die Verhandlungen im Bereich der regulatorischen Zusammenarbeit verlaufen. Auch beim Nachhaltigkeitskapitel gab es Fortschritte. Im Bereich Dienstleistungen bedarf es weiterer Diskussionen, auch über den Aufbau des Kapitels. Finanzdienstleistungen wurden wegen bekannter Differenzen nicht diskutiert. Bei öffentlichem Beschaffungswesen waren die USA nicht zu substanziellen Zugeständnissen bereit. Die EU bemühte sich um eine Erörterung des Schutzsystems zu geographischen Herkunftsangaben, dessen Grundsätze die USA allerdings in Frage stellten. Zum neuen Bereich Anti-Korruption haben die USA einen Rechtstext vorgelegt. Die EU-KOM hat angemerkt, dass er Kompetenzen der MS berühre und ihnen deshalb vorgelegt werden müsse.

In einigen Themenbereichen wird bereits an konsolidierten Texten gearbeitet. Dies betrifft neben den bereits nach der 5. VHR weit fortgeschrittenen Diskussionen zu den Kapiteln KMU, Streitschlichtung und Wettbewerb auch die Kapitel zu Herkunftsangaben und Zoll- und Handelserleichterungen.

**I. Im Einzelnen**

Im Bereich **Marktzugang** wurden die gegenseitigen Interessen weiter geklärt. Zum Bereich Zölle gab es keine Gespräche.

Es gab erstmals eine Diskussion über die von beiden Seiten vorgelegten Angebote für die Öffnung des **Dienstleistungssektors**. Die EU erläuterte die von ihr gewählte Her-

angehensweise einer Hybrid-Liste (Positivliste für den Marktzugang, Negativliste für die Inländerbehandlung), die auf der bei TiSA angewandten Methodik beruht. Die USA plädierten für eine umfassende Negativliste und erläuterten ihr Anliegen, jegliche Vorbehalte auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Im Bereich **E-Commerce** wurden insbesondere das US-Konzept der „digitalen Produkte“, Verbraucherschutz und elektronische Signaturen erörtert. In Bezug auf **Telekommunikationsdienstleistungen** begann die Arbeit an einem konsolidierten Text zu ausgewählten Vorschriften. Zur grenzüberschreitenden **Mobilität natürlicher Personen** wurde der Austausch in Bezug auf Transparenz und Mobilitäts erleichterung fortgesetzt. Zudem wurde über die Erleichterung der Anerkennung beruflicher Qualifikationen gesprochen, wobei die US-Seite ein Interesse an Vereinbarungen zu den Berufen Steuerberater/Buchhalter und Architekten äußerte. In einer gesonderten Sitzung wurde über den Transportbereich mit einem Fokus auf Luftfahrt und maritime Dienstleistungen gesprochen.

Im Bereich **Warenhandel** gab es eine konstruktive Diskussion zum Marktzugang auf der Basis eines konsolidierten Textes. In einer nächsten Verhandlungsrunden sollen die Themen Zoll- und Handelserleichterungen/ Marktzugang gemeinsam erörtert werden.

Im Bereich **Landwirtschaft** wurde insbesondere der EU-Entwurf des Kapitels zu Weinen und Spirituosen umfassend besprochen.

In dem aus EU-Sicht sehr wichtigen Bereich der **öffentlichen Beschaffung** war die US-Seite nicht zu substanziellen Zugeständnissen bereit. Die EU präsentierte ihre Wünsche zum Zugang zu den Beschaffungsmärkten auf Ebene der US-Bundesstaaten sowie auf regionaler und kommunaler Ebene und kündigte an, eine entsprechende Forderung vorzubereiten. Die US-Seite will sich weiter nur zum Annex 1 (Vergabe durch die zentralen Regierungsstellen) mit der EU austauschen. Gleichzeitig ist die US-Seite sehr daran interessiert, garantierten Zugang zu entsprechenden sub-zentralen Stellen der EU und ihren jeweiligen Dienstleistungsaufträgen zu erhalten. Die von der EU-Seite gewünschte Erweiterung um die Transport- und Telekommunikationsdienstleistungen hielten die USA für sehr sensibel. Zu dem Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt

auf Bundesebene machte die US-Seite keine konkreten Angebote. Die US-Seite bestätigte, dass sie keine Verpflichtungen zu den EU-Prioritäten Bundesluftfahrtbehörde und Amtrak eingehen wolle. Zu dem von der EU geforderten Verzicht auf *Buy-American*-Klauseln in Förderprogrammen mit Bundesmitteln („flow down“) lehnten die USA einen generellen Verzicht ab, signalisierten aber, möglicherweise bestimmte Programme diskutieren zu können, ohne dies zu spezifizieren. Zusätzlich wurde die Rechtslage zum Thema Konzessionen/ öffentlich-private Partnerschaften umfassend erläutert. Die US-Seite vertrat die Auffassung, sie erfasse bereits jetzt die sogenannten BOT-Verträge („Build Operate Transfer“) im WTO-Beschaffungsübereinkommen (GPA), was die EU für unzutreffend hält.

Im **regulatorischen Bereich** wurden unter Beteiligung der Regulierungsbehörden sowohl horizontale Fragen als auch einzelne Sektoren erörtert. Die US-Seite hat zu Beginn der Verhandlungsrunde einen Textvorschlag für ein Kapitel zur **regulatorischen Kohärenz** vorgelegt, der im Wesentlichen gute Praktiken für interne Koordinierungsmechanismen zwischen den jeweiligen Regulierungsbehörden vorsieht. Die EU-Seite erkundigte sich detailliert nach den Möglichkeiten, in den US-Regulierungsprozess eine Kooperation mit der EU-KOM zu verankern.

Die Gespräche zu **technischen Handelshemmnissen (TBT)** wurden in einer positiven Atmosphäre geführt. Die Diskussion konzentrierte sich auf institutionelle Aspekte der Textvorschläge beider Seiten sowie auf die Bedeutung von Normen für den Erlass von Regulierungen. Die institutionellen Vorschläge stimmen in einigen Punkten überein, während in anderen Aspekten Unterschiede bestehen, die aber nicht unüberwindbar scheinen. Unter anderem sieht der US-Vorschlag lediglich eine Kooperation zur Lösung von Handelsstörungen vor, während der EU-Vorschlag umfassender ist und die regulatorische Kooperation als ein Frühwarnsystem nutzen will, das schon die Entstehung zukünftiger Handelshemmnisse vermeiden soll. Die beiden Seiten vereinbarten, in der nächsten Verhandlungsrunde alle Themen des TBT-Kapitels vertieft zu diskutieren.

Im Bereich von **pflanzen- und tierhygienischen Maßnahmen (SPS)** wurden insbesondere institutionelle Fragen, Äquivalenz, Prüfungen und Verifizierungen sowie Handelserleichterungen angesprochen. In einer Reihe von technischen Gruppen sollen die

Diskussionen fortgeführt werden (Tierschutz, Zertifizierung, tierische Nebenprodukte, Futter, Saat, neue Technologien). Beide Seiten verständigten sich darauf, vor der nächsten Verhandlungsrunde Textentwürfe auszutauschen und idealerweise zu konsolidieren.

Zudem wurden regulatorische Themen in den **Sektoren** Textilien, Chemie, Arzneimittel, Kosmetika, Medizinprodukte, Automobil, Informations- und Kommunikationstechnologie, Maschinenbau und – erstmals - Pestizide erörtert. Im Bereich Chemie wurde vereinbart, zwei Pilotprojekte zu einer regulatorischen Kooperation durchzuführen (Priorisierung von Chemikalien zur Bewertung sowie Klassifizierung und Kennzeichnung). Im Bereich Automobile wurden umfassende Gespräche zu allen Kernthemen geführt, insbesondere zum Austausch von Unfalldaten beider Seiten sowie zu Fallbeispielen zur Bewertung der Äquivalenz der jeweiligen Regulierungen auf der Grundlage ihrer Effekte. Die EU schlug als Fallbeispiel die Befestigung von Sitzgurten vor. Vor einer Erörterung von Fallbeispielen soll zunächst der Zugang zu relevanten Daten vorangetrieben werden. Im Bereich Maschinenbau fand ein Austausch über das von der EU vorgelegte Papier statt, weitere Diskussionen sollen sich auf spezifische Subsektoren beziehen. Im Bereich Pestizide tauschten sich beide Seiten über mögliche Gebiete für zukünftige Zusammenarbeit aus. Die Gespräche waren konstruktiv und es wurde vereinbart, dass die EU Vorschläge zu möglichen gemeinsamen Bewertungen von Pestizidsubstanzen erarbeiten wird, die mit den MS geteilt werden können.

Im Bereich **Regeln** wurden die Themen Schutz geistigen Eigentums/ geographische Herkunftsangaben, Energie und Rohstoffe, das Nachhaltigkeitskapitel (Arbeitsnormen und Umweltschutz), Herkunftsangaben, Handelserleichterungen (Abbau von Hemmnissen bei der Zollabfertigung), staatseigene Unternehmen, KMUs, Streitschlichtung (Staat gegen Staat) sowie institutionelle Vorschriften erörtert.

Zum **Schutz des geistigen Eigentums** wurde das EU-Konzeptpapier zu Grenzmaßnahmen gut aufgenommen. Die EU wird damit beginnen, Textvorschläge für Themenfelder mit einem gemeinsamen Interesse zu entwerfen (internationale Kooperation und gemeinsame Prinzipien). Die Bemühungen der EU, die Diskussionen zu dem sensiblen Verhandlungsfeld der **geographischen Herkunftsangaben** pragmatisch voranzutrei-

ben, blieben erfolglos. Die US-Seite hielt an ihrer ablehnenden Haltung zu einem verbesserten Schutz geographischer Herkunftsangaben fest und lehnte es ab, die von der EU übermittelte Namensliste von Dezember 2013 auf potenzielle Konflikte mit bereits bestehenden Marken zu prüfen.

Es bleibt eine offene politische Frage, ob entsprechend dem Wunsch der EU ein gesondertes Kapitel für den Bereich **Energie/ Rohstoffe (ERM)** in das Abkommen aufgenommen werden wird. Das entsprechende EU-Papier wurde indes auf technischem Niveau diskutiert. Erörtert wurden der mögliche Anwendungsbereich sowie die Regulierungsmöglichkeiten. Die USA zeigten sich offen, drei Bereiche für gesonderte Energie-/Rohstoffbestimmungen zu erwägen: *off shore*-Sicherheit, Infrastrukturzugang, Transit.

Die Diskussionen über ein **Nachhaltigkeitskapitel** wurden auf der Basis des EU-Textentwurfs fortgesetzt. Der Fokus lag auf der Definition der jeweiligen Prioritäten und gemeinsamen Interessengebieten. Beide Seiten diskutierten die wesentlichen **ILO**-Arbeitsstandards und ihren Wunsch, die gemeinsame Haltung zu den Bereichen Koalitionsfreiheit, Kollektivverhandlungen, Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Nicht-Diskriminierung zu reflektieren. Ein weiterer Austausch fand über Arbeitsstandards der ILO-Agenda für Menschenwürdige Arbeit, insbesondere Gesundheit und Sicherheit, statt. Zum Bereich Umwelt wurde die Möglichkeit horizontaler Verpflichtungen zu multilateralen Umweltvereinbarungen (MEAs) in den Bereichen Biodiversität, Tier- und Pflanzenwelt, Holz, Fischfang, Klimawechsel, Abfall und Chemie erörtert. Die horizontalen Diskussionen umfassten einen Austausch über Transparenz und Einbeziehung von interessierten Kreisen, die Förderung der Kooperation in handelsbezogenen Nachhaltigkeitsthemen (bilateral und global) und die Möglichkeit der Aufnahme von Bestimmungen zur Förderung der *corporate social responsibility*.

Zu **Ursprungsregeln** fand eine Diskussion über die Nachweisführung und Verifizierungsverfahren auf der Basis eines vergleichenden Papiers der US-Seite statt. Fortschritte wurden lediglich bei den allgemeinen Regeln und einigen unumstrittenen Bestimmungen erreicht. Beide Seiten hielten es für schwierig, die produktspezifischen Regeln (PSR) in der nächsten Runde zu erörtern.

Zum Thema **Zoll-/Handelserleichterungen** gab es ein gesondertes Treffen, um den ersten Entwurf eines konsolidierten Texts zu erörtern. Im Bereich **Wettbewerb** gab es eine erste Diskussion über die Texte zu staatseigenen Unternehmen (SOEs), die beide Seiten einen Tag vor Verhandlungsbeginn ausgetauscht hatten. Die US-Seite wird einen gemeinsamen Text vorbereiten.

Die Arbeiten zum Kapitel über **KMUs** sind weit fortgeschritten. Der Text zur Kooperation ist im Wesentlichen vereinbart. Bedeutende Unterschiede blieben insbesondere zu der von EU-Seite vorgeschlagenen Schaffung einer integrierten *online*-Datenbank zu den Importanforderungen erkennbar. Die Erläuterungen der EU zu der gewünschten Verankerung des *think small*-Prinzips wurden von US-Seite verhalten aufgenommen.

Zu dem **allgemeinen Streitschlichtungsverfahren** (Staat-gegen-Staat, nicht Investor-Staat) wurden gute Fortschritte erzielt. In einer nächsten Runde sollen insbesondere der EU-Vorschlag für einen Mediationsmechanismus und der US-Vorschlag für ein Gemeinsames Komitee erörtert werden.

## II. Wertung und Ausblick

Die Verhandlungen befinden sich weiter auf technischem Niveau. In vielen Bereichen tauschen sich die beiden Seiten noch über ihre jeweilige Rechts- und Interessenlage aus. In einzelnen Bereichen sind Fortschritte erzielt worden, die sich in der Erstellung konsolidierter Texte widerspiegeln. In wichtigen Bereichen wie öffentliches Beschaffungswesen oder geographische Herkunftsangaben gibt es aber weiter grundlegend unterschiedliche Vorstellungen beider Seiten. Zu den Themen Investitionsschutz/ ISDS haben vor dem Hintergrund des öffentlichen Konsultationsverfahrens der EU keine Verhandlungen stattgefunden. Das Konsultationsverfahren wurde am 13. Juli abgeschlossen worden. Die EU-KOM rechnet damit, dass die Auswertung der ca. 150.000 Antworten bis zum Jahresende dauern wird.

In Kürze sollen weitere konsolidierte Verhandlungsexte zu den Themen Handelserleichterungen, KMU, staatseigene Unternehmen, Ursprungsregeln und regulatorische Fragen im Telekommunikationssektor im Brüsseler Lesesaal zur Verfügung stehen.

Die siebte Verhandlungsrunde wird voraussichtlich Ende September stattfinden. Dabei wird möglicherweise das Verhandlungsformat geändert werden: Statt wie bisher alle Themen umfassend zu behandeln, könnte eine Fokussierung auf einzelne Themen stattfinden.